

07.03.2008 - Schulpolitik: Elite-gegen- Alle-Idee

07.03.2008, SPIEGEL ONLINE
SCHULPOLITIK
Das Ende einer Idee

Von Bruno Schrep

Das Großfeuer in einem Wiesbadener Gymnasium, gelegt von einem überforderten Elftklässler, offenbart einen erbitterten ideologischen Streit zwischen linken Idealisten und schneidigen Erneuerern. Zur Debatte steht eine ganze Schulform.

Eigentlich, versichert der Gymnasiast, habe er ja nur seine Schulakte vernichten wollen. Eigentlich. Dass dann aus dem kleinen Feuerchen, das er in einem metallenen Aktenschrank anzündete, ein richtig großer Brand geworden sei, das habe er nicht gewollt. Ehrlich nicht.

Doch das Feuer, das der 18-jährige Philipp G. in der Nacht zu Heiligabend im Verwaltungstrakt der Wiesbadener Martin-Niemöller-Schule legte, hatte verheerende Folgen. Es fraß sich von Raum zu Raum. Rauchgase explodierten, Wände barsten, Decken stürzten ein. "Die Flammen loderten höher als die Bäume", berichtet eine Nachbarin.

Am Morgen war der ebenerdige Betonbau aus den siebziger Jahren nur noch eine Ruine. (mehr...) 750 Schüler und 60 Lehrer hatten ihre Schule verloren.

Die Direktorin brach beim Anblick der Trümmer in Tränen aus. Da ahnte sie noch nicht, dass der Brand weit mehr war als ein blödsinniger Streich, der genauso gut an jeder anderen Schule hätte passieren können. Sondern dass die Flammen auch den Zustand einer völlig aus den Fugen geratenen Bildungseinrichtung symbolisierten.

Denn in der Martin-Niemöller-Schule wird erbittert gestritten. Durch das Kollegium geht ein Riss, die Lager stehen sich unversöhnlich gegenüber. Schulleiterin und Stellvertreterin arbeiten gegeneinander. Lehrer reden nicht miteinander. Oder beschimpfen sich vor Dritten als "konservative Arschlöcher" oder "linke Funktionärssocken". Blockieren sich bei Abstimmungen. Leidtragende sind die Schüler.

"Wir merken genau, wenn sich die Lehrer wieder gezofft haben", berichtet Schüler Marko aus einer der Eingangsklassen. "Manche kommen so aufgeregt und sauer aus der Konferenz, dass sie keinen Unterricht mehr halten können", ergänzt ein Klassenkamerad.

Dabei geht es um die Zukunft einer Schulform. Abgebrannt ist ein sogenanntes Oberstufengymnasium, eine hessische Spezialität, auf die das Land einmal sehr stolz gewesen ist: Absolventen von Gesamtschulen, Realschulen und der Mittelstufe anderer Gymnasien pauken hier gemeinsam die letzten drei Jahre bis zum Abitur.

MEHR AUS DEM NEUEN SPIEGEL

TITEL

Vorwärts... und vergessen!
Kurt Becks riskanter Griff zur Macht

*

Inhalt

- * Vorabmeldungen
- * English Texts
- * Dossiers zum Heft
- * Abonnement

Gekämpft wird in der Wiesbadener Schule um Lerninhalte, um Benotungen, um all das, was speziell dieses Gymnasium sein soll: für die einen ein Schmelztiegel, in dem auch Jugendliche aus eher bildungsfernen Schichten mit viel Unterstützung zum Abitur geführt werden; für die anderen ein Elite-Institut, in dem besonders qualifizierte Schüler für die Erfordernisse der globalisierten Welt fit gemacht werden sollen.

Es ist, gebündelt in einem Mikrokosmos, ein Streit, wie ihn unter dem Eindruck von Pisa-Studien, verkürzten Schulzeiten und den Diskussionen um Jugendgewalt auch Politiker und Experten führen - konzentriert auf die Frage: Welche Bildung braucht das Land?

Als die Schule 1974 eingeweiht wurde, gab es über das Ziel keine Diskussion. Im traditionell roten Hessen sollte Bildung nicht länger ein Privileg der Bürgerkinder sein. "Abitur für alle" hieß die Devise; das undurchlässige dreigliedrige Schulsystem, das nur Gymnasiasten zur Hochschulreife führt, sollte überwunden werden.

Zu diesem Zweck waren überall im Land Gesamtschulen gegründet worden, in denen Schüler bis zur zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet wurden. Die Begabten, so der Plan, sollten dann anschließend in Oberstufengymnasien wechseln.

In der Wiesbadener Schule herrschte seinerzeit Aufbruchstimmung. Die Lehrer, vorwiegend jung, vorwiegend links, kamen größtenteils aus der 68er Studentenbewegung, die meisten waren Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie steckten voller Ideale, sie wollten keine furchteinflößenden Pauker mehr sein.

Im Deutschunterricht wurde Theater gespielt, in Fächern wie Geschichte und Politik alles hinterfragt: der Kapitalismus und der Konsum, die Parteien und die Busfahrpreise. Die Lehrer verstanden sich als Partner, manche ließen sich duzen, manche drückten bei der Punktevergabe beide Augen zu.

"Selbst als haschende Dauerschwänzerin konnte man bei Besserung noch mit der liebevollen Fürsorglichkeit seiner Lehrer rechnen", erinnert sich der ehemalige Schüler Alexander Glück, heute freier Journalist in Wien. "Auch Naive, Seltsame und Verrückte fanden hier einen maßgeschneiderten Betreuerstab."

Entsprechend misstrauisch wurde das Experiment von Beginn an beobachtet. Bürgerliche Bildungspolitiker argwöhnten, in der Schule werde mehr agitiert als gepaukt. Erst recht, als ein Streik gegen eine Prüfungsreform den Unterricht lahmlegte oder protestierende Abiturienten den Eingang zumauerten. Der damalige hessische CDU-Landeschef und spätere Bundesinnenminister Manfred Kanther fluchte nach einer Diskussion mit Schülern über die "kommunistische Kadenschmiede".

MEHR ÜBER...

Schule Gymnasium Brandstiftung Oberstufengymnasium Wiesbaden
zu SPIEGEL WISSEN

Tatsächlich warb hier die "Rote Hilfe", deren Mitglieder sich um im Knast sitzende Linksterroristen kümmerten, eifrig um Unterstützung. Die Schülerin Birgit Hogefeld, derzeit eine der letzten noch inhaftierten Aktivistinnen der Roten Armee Fraktion (RAF), kam so in Kontakt mit der Szene - und schloss sich später als Studentin den Extremisten an.

Und dennoch: Tausende Schüler, die im dreigliedrigen Schulsystem mit seinen frühen Weichenstellungen wohl nie so weit gekommen wären, schafften hier ihr Abitur; darunter Jugendliche aus ärmlichen Verhältnissen, aus zerrütteten Familien; Querköpfe, die sonst überall aneckten, Heimbewohner, Ausländerkinder.

Ende der Achtziger, in Hessen regierte erstmals die CDU, änderte sich langsam das Profil. Bestimmte Fächerkombinationen - etwa Deutsch und Kunst - wurden nicht mehr als Leistungskurse anerkannt, die Beurteilungsmaßstäbe strenger. Und noch mehr verschärfen sich die Anforderungen 2002, als das Kultusministerium die Englischlehrerin Elisabeth Waldorff, heute 53, zur neuen Schulleiterin bestimmte.

2. Teil: Der forsche Junglehrer: "Schwachen Schülern muss man auch mal null Punkte geben"

Die blonde, resolut auftretende Frau mit der lauten Stimme, Funktionärin des konservativen Philologenverbands, hat sehr genaue Vorstellungen, was Schule sein soll. In ihrer Antrittsrede referiert sie über ihre Armbanduhr. Die habe ein hervorstechendes Qualitätsmerkmal: Sie funktioniert immer.

Schnell wird klar, dass der Neuen vieles nicht passt: der lockere Umgangston, die gelegentlichen Disziplinmängel, die vielen Workshops zu eher exotischen Themen, die von einzelnen Lehrern ausgetüftelten Methoden, den Unterricht "sinnlich erfahrbar" zu machen.

Braucht man wirklich, wenn man das Mittelalter erklären will, ein Projekt über mittelalterliches Kochen? Verhilft es Schülern zu einem besseren Verständnis von Mathematik, wenn man sie eine zuvor berechnete Parkbank auch selbst maßstabsgetreu schreinern lässt?

Und diese zahlreichen Ausflüge ins Haus der Geschichte, in Museen, zu Gedenkstätten - sind sie wirklich nötig? Die Schreibwerkstatt, die Theater-AG - halten solche Aktivitäten nicht von der eigentlichen Arbeit ab?

Die Direktorin setzt neue Schwerpunkte: Sie veranlasst die Aufnahme der Schule in ein bundesweites privatwirtschaftliches Förderprogramm für die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (Mint), baut die Lehrpläne zugunsten von Disziplinen wie Biotechnologie und Astronomie aus.

Propagiert Stoffvermittlung nach Lehrbuch, regelmäßiges Abfragen durchgenommener Inhalte, konsequente Kontrolle von Hausaufgaben, härtere Maßstäbe bei Leistungstests, strengere Benotung. Und verändert die Tonlage und den Stil.

Schüler beschwerten sich, sie seien von der Rektorin ruppig abgefertigt, laut angeschrien worden. "Die Frau übergeht uns ganz bewusst", moniert Schülersprecher Jakob Seeger, "zu Konferenzen werden wir einfach nicht eingeladen."

Lehrer, seit Jahren an kollegiales Miteinander gewöhnt, fühlen sich zu Befehlsempfängern degradiert. "Wer zu widersprechen wagt, gilt als Feind, wird herablassend abgekanzelt", kritisiert Christoph Kampka, der Politik und Wirtschaft unterrichtet. Es gelte das Prinzip: Wer nicht für mich ist, der ist gegen mich.

Vor allem die altgedienten Pädagogen, teils von Beginn an dabei, fühlen ihre Ideen verraten. "Gewollt ist eine andere Schule", glaubt Deutschlehrerin Marion Beste, die das Oberstufengymnasium mit aufgebaut hat. Ziel sei es nicht mehr, Jugendliche zu leistungsfähigen, aber auch kritischen Erwachsenen auszubilden. "Geformt werden sollen funktionierende Technokraten."

"Unterstellung", widerspricht Rektorin Waldorff. Tatsache sei, dass Abiturienten heute, in einer technisierten und digitalisierten Welt, andere Qualifikationen benötigten als vor 30 Jahren. Das hätten manche Pädagogen nicht begriffen: "An denen ist die

gesellschaftspolitische Entwicklung vorbeigegangen."

Die jungen Lehrer, die jetzt neu eingestellt würden, seien da ganz anders, lobt die Rektorin. Lehrer wie Frank Topsch, 32, Spezialist für Mathematik und Naturwissenschaften, ehrgeizig, hoch qualifiziert, leistungsorientiert. Wer in seinem Unterricht mitzieht, kriegt jede Unterstützung. Wer nicht mitzieht, kriegt Probleme.

"Schwachen Schülern muss man auch mal null Punkte geben", erklärt der junge Studienrat. Topsch: "Augen zudrücken ist keine Förderung." Und wer ständig Drogen nehme, solle besser die Schule verlassen.

Frank Topschs harte Linie, die auch andere junge Lehrer vertreten, spaltet das Kollegium. Es geht darum, welche Schüler die Schule künftig behalten will: nur die Fähigsten oder wie früher auch die Wackler, die Spätentwickler, die vorübergehend Gestrauchelten?

Die Tendenz ist eindeutig. 2007 ist jeder dritte Schüler der Eingangsklassen, also des 11. Schuljahrs, an den hohen Anforderungen gescheitert.

Lehrerin Beste, noch geprägt von der Ursprungsidee, warnt vor den Folgen des neuen Rigorismus. "Ein Punkt mehr oder weniger kann über den Verlauf eines ganzen Lebens entscheiden", sagt sie.

Wie tief die Kluft zwischen Traditionalisten und Erneuerern ist, zeigt sich am 20. Oktober 2007. An diesem Tag wird im Kollegium über die Zukunft der Schule abgestimmt. Es geht um den Vorschlag der Rektorin, das Oberstufengymnasium in ein normales Gymnasium umzuwandeln, in dem schon Schüler ab der fünften Klasse unterrichtet werden.

Hintergrund: Die Schulleiterin befürchtet, künftig nur noch mit Gesamtschülern und Realschülern vorlieb nehmen zu müssen. Die Chefs herkömmlicher Gymnasien, die ihre Schüler selbst zum Abitur führen wollen, haben beim hessischen Kultusministerium eine Verfügung erwirkt, die den Wechsel von der gymnasialen Mittelstufe zum Oberstufengymnasium untersagt. Aber ohne Gymnasiasten, fürchten Rektorin Waldorff und ihre Gefolgsleute, bleibt das angestrebte hohe Niveau ihrer Schule eine schöne Vision.

Das Ergebnis fällt mehr als knapp aus. Weil sich bei der Abstimmung per Handzeichen keine Mehrheit erkennen lässt, wird per "Hammelsprung" entschieden: Gegner und Befürworter der neuen Schulform müssen durch verschiedene Türen laufen. Zum Schluss haben die Befürworter der Umwandlung eine einzige Stimme mehr.

Manche Lehrer gehen auf Distanz. "Dies ist das Ende einer Idee", kommentiert etwa Oberstudienrat Norbert Esser. Der 55-jährige Beamte verlässt die Schule, will künftig etwas ganz Neues machen. Einige seiner Kollegen bemühen sich um ihre Versetzung.

Ob der ehrgeizige Erweiterungsplan realisiert wird, ist jedoch fraglich. Die Stadt Wiesbaden hat den Antrag der Schulleitung noch nicht genehmigt. Nach dem Brand steht zunächst die Frage im Mittelpunkt, wie es dazu kommen konnte.

Inzwischen hat sich herumgesprochen, dass bereits Wochen vor dem Feuer in der Schule Stühle und Schulbänke durch Fenster flogen; dass Räume und Inventar mit Fäkalien beschmutzt wurden; dass wegen Gerüchten über einen bevorstehenden Amoklauf Unterricht ausfiel.

Und dass die Schülervvertretung in einem Flugblatt darüber klagte, wie die Spaltung des Lehrerkollegiums sich auf den Schulalltag auswirke: "Wir geraten ungewollt zwischen die Fronten."

Und geradezu klassisch spiegelt sich der ideologisch aufgeladene Konflikt in der Person des Brandstifters wider. Philipp G. war, gemessen an seinem bisherigen Leistungsvermögen, kein Gymnasiast. Vielleicht hätte er aber einer werden können.

Er erfüllte zwar die Aufnahmebedingungen für das Oberstufengymnasium, sein Abschlusszeugnis von der integrierten Gesamtschule lag unter dem erforderlichen Notendurchschnitt von 2,9. Um den zu erreichen, hatte er allerdings die zehnte Klasse in der Gesamtschule wiederholt - und dazu noch viel Wohlwollen benötigt.

"Er hat bei uns Punkte gekriegt, die er eigentlich nicht kriegen durfte", erinnert sich eine seiner dortigen Lehrerinnen, "niemand wollte ihm seine Zukunft verbauen." Dabei gilt der hochaufgeschossene Junge mit dem Zopf und der randlosen Brille bei Mitschülern und Lehrern als ein Mensch, der sich oft mehr zutraut, als er wirklich kann. "Vor Prüfungen kniff er meistens", berichtet die Lehrerin. Dass der Jugendliche, der bei seinem Vater lebt, mit sich selbst nicht im Reinen ist, durch Aufschneiderei die innere Unsicherheit zu verdecken sucht, weiß nur sein Therapeut.

Auf der Martin-Niemöller-Schule ist Phillip G. von Beginn an überfordert, seine Fremdsprachenkenntnisse sind mangelhaft, seine Fehlzeiten enorm. Zu konzentriertem Lernen kann er sich nur schwer aufraffen, er flüchtet sich in Phantasiegeschichten; die schwere körperliche Krankheit, die er zu seiner Entschuldigung anführt, hat er nur erfunden.

Früher hätten die Lehrer womöglich versucht, selbst einen Schüler wie Philipp G. aufzufangen. Heute, unter der Maßgabe, die Leistungsfähigsten gezielt zu unterstützen, ist er ein Fall zum schnellen Aussortieren. "Die Förderung Schwächerer ist hier kein Thema mehr", kritisiert Lehrerin Marion Beste.

Ende Dezember 2007 weiß Philipp G. genau, wie es um ihn steht. Wegen seiner Ehrenrunde in der Gesamtschule darf er nicht noch einmal sitzenbleiben. Und ihm ist klar, dass er kaum Chancen auf eine Versetzung hat.

Warum er auf die Idee kommt, die Vernichtung seiner Akte könne im Zeitalter der elektronischen Datenspeicherung seine Schullaufbahn retten, bleibt rätselhaft. Fest steht nur, dass er schon zwei Tage vor Heiligabend erstmals in das unbewachte Schulgebäude einbricht, zusammen mit einem 16-jährigen Mitschüler. Dass er dort einen Computer klaut und in der nächsten Nacht zurückkehrt. Und dass er dann das Feuer legt. Vorläufig geschätzter Schaden: fünf Millionen Euro.

"Über die Folgen ist er völlig verzweifelt", erklärt sein Verteidiger, der Wiesbadener Rechtsanwalt Oliver Peschkes, "er hatte ja nie die Absicht, die ganze Schule abzufackeln." Derzeit werde der verstörte Junge in einer Klinik betreut. Der Prozess gegen ihn - angeklagt werden soll wegen schweren Diebstahls und Brandstiftung - findet vermutlich erst im Spätsommer statt.

Ob die abgebrannte Schule völlig abgerissen und an gleicher Stelle wieder aufgebaut wird, ob weniger beschädigte Gebäudeteile gerettet werden können, ist noch offen. Bis auf weiteres findet der Unterricht in einer umgebauten Maschinenfabrik statt. Dort wohnten noch bis vor ein paar Monaten rund 50 Asylbewerber.